

benzengemeinschaft hinaus gedacht und gewirkt hat. All das macht Melanchthon bis heute zu einer Gestalt, über die man gar nicht genug erfahren kann. Die Anstöße für die künftige Melanchthonforschung, aber auch für eine Neubesinnung auf sonstige, oft noch verborgene Quellen und Anregungen der so vielgestaltigen reformatorischen Bewegung sind demnach beachtlich – trotz oder gerade wegen der Publikationen im Jubiläumsjahr. Aus all dem ergeht die Ermutigung, immer neu und unbefangen, selbst im Streit um die Wahrheit des Glaubens und der Konfession, aufeinander zuzugehen und das Gespräch nicht abbrechen zu lassen.

Melanchthons letzte Worte sind überstrahlt von einer eschatologischen Hoffnung und einem Verlangen nach Frieden,

die im Blick auf die bis zuletzt ausgetragenen theologischen Kämpfe bewegend anmuten: „Du entkommst den Sünden. Du wirst befreit von aller Mühsal und der Wut der Theologen. Du wirst ins Licht kommen, Gott schauen, Gottes Sohn betrachten. Du wirst jene wunderbaren Geheimnisse lernen, die du in diesem Leben nicht verstehen konntest: warum wir so erschaffen sind, wie wir sind, und worin die Vereinigung der beiden Naturen in Christus besteht“ (zit. bei Scheible, Melanchthon, 263). Das bleibt ein wichtiger Fingerzeig Melanchthons, der darin – weit über die Konfessionen hinaus – als „Leuchte von ganz Deutschland“ betrachtet werden darf und dessen 500. Geburtstag damit eine fruchtbringende Erinnerung bedeutet.

Arno Schilson

# Abenddämmerung der Revolution

## Kuba zwischen sozialistischen Idealen und kapitalistischen Zielen

*Nach dem dramatischen Niedergang seiner Wirtschaft infolge des sich auflösenden Ostblocks durchlebt Kuba eine Umbruchsituation mit ungewissem Ausgang. Oliver Müller, Öffentlichkeitsreferent von Caritas international, beschreibt, wie sehr auch die zunehmend selbstbewusste katholische Kirche von den Änderungen der jüngsten Zeit betroffen ist. Der Papstbesuch in diesem Monat wird ein Meilenstein in der spannungsvollen Beziehung zwischen Staat und Kirche.*

Der 30. Todestag *Che Guevaras* vor wenigen Monaten lenkte den Blick der Welt auf Kuba. Für die sozialistische Regierung waren die Feierlichkeiten rund um den Mythos *Che* eine willkommene Möglichkeit, von der gegenwärtigen Tristesse im Land abzulenken. Von Kuba zu sprechen, heißt nach wie vor, zunächst vom „Maximo líder“ *Fidel Castro* zu sprechen, der sein Land in einem Maß prägte, wie es wohl nur wenigen Politikern vergönnt ist. Acht amerikanische Präsidenten hat er kommen und gehen sehen, mehrere Dutzend Mordanschläge überlebt und unzählige Male hat er sich und sein Land aus hoffnungslos erscheinenden Lagen herausmanövriert.

Nachdem schon über den angegriffenen Gesundheitszustand des dienstältesten Staatschefs der Welt spekuliert wurde, meldete er sich beim Fünften Kongreß der Kommunistischen Partei Kubas im vergangenen Oktober mit einer fast siebenstündigen Rede zurück. Die gute Verfassung des glänzenden Rhetorikers faszinierte die Hörer allerdings weit mehr als die Inhalte der Rede. Diese bot wenig Neues und ließ die bitter benötigten Perspektiven für den wirtschaftlichen Umbau Kubas vermissen. *Castro*, der die Zügel der Macht als Partei-, Staats-, Regierungs- und Armeechef weiterhin fest in der Hand hält, ließ keinen Zweifel an der sozialistischen Ausrichtung des Landes aufkommen. Doch markige Reminiszenzen an die revolutionären Großtaten der Vergangenheit und abgedroschene Worthülsen des Klassenkampfes ersetzen eine selbstkritische Analyse.

In der aktuellen Situation wäre jedoch für Kuba eine schonungslose Bilanz wichtiger denn je. Das Ende des Kalten Krieges bedeutete für die neuere Geschichte des Landes den zentralen Einschnitt nach der Machtergreifung *Castros* im Jahr 1959. Nahezu über Nacht verlor Kuba mit dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion rund drei Viertel seiner Handelspartner. Nachdem die Blutzufuhr aus den sozialistischen Bruderländern in Form von Öl, Maschinen und Lebensmitteln fast gänzlich versiegt, befand sich die kubanische Ökonomie im freien Fall. Die Exporte sanken zwischen 1989 und 1993 um 80 Prozent, das Transportangebot um 75 Prozent, die Industriekapazitäten wurden nur noch zu 10 bis 20 Prozent genutzt.

### Dollar-Apartheid in einer scheinbar klassenlosen Gesellschaft

Die kubanische Regierung begegnete diesen Problemen völlig unvorbereitet, offensichtlich hatte sich das *Castro-Regime* nie ernsthafte Gedanken um seine existentielle Abhängigkeit vom Ostblock gemacht. Für die Bevölkerung bedeutete der Einbruch eine radikale Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Die Inlandsproduktion von Nahrungsmitteln ging im genannten Zeitraum um die Hälfte zurück, die Lieferungen aus RGW-Ländern (bis dahin 40 Prozent al-

ler konsumierten Lebensmittel) fielen ersatzlos weg. Hunger und Mangel kehrten auf die Insel zurück.

Dabei hat Kuba immerhin die größten Entwicklungserfolge im lateinamerikanischen Kontext aufzuweisen. Die Versorgung mit Strom konnte nach der kubanischen Revolution fast verdoppelt werden und liegt heute bei 92 Prozent aller Haushalte. Die *Lebenserwartung* ist, dank eines beispielhaften und lückenlosen Gesundheitssystems, neben Costa Rica die höchste in ganz Lateinamerika. Die Kindersterblichkeit lag auf europäischem Niveau. All diese sozialen Errungenschaften standen auf dem Spiel, als Castro 1990 den „periodo especial“ einleitete, der neben einem strikten Sparkurs die notwendigen Reformschritte auf den Weg bringen sollte. Erst 1994 konnte der Niedergang gestoppt werden. Dies wurde vor allem auch durch die Schaffung neuer Spielräume für den freien Markt erreicht. So wurden Bauernmärkte mit freier Preisbildung ebenso erlaubt wie private Handwerksbetriebe oder die Freigabe des Dollars. Die Zahl der neuen Selbständigen stieg rasch auf 200 000 an. Auch die Förderung des *Tourismus* mit heute rund einer Million Urlaubern jährlich sowie Auslandsinvestitionen waren Motoren des Wachstums.

Das Alltagsleben der Kubaner veränderte sich vor allem durch die „Dollarisierung“ ihres Lebens. Wer im Besitz der grünen Scheine des Erzfeindes ist, kann sich Dinge leisten, die für kubanische Pesos – in welcher Höhe auch immer – nirgends zu bekommen sind. Die so geschaffene Dollar-Apartheid in der scheinbar klassenlosen Gesellschaft war für viele Kubaner eine deprimierende Erfahrung, die bis heute anhält. In der Konsequenz verdient ein Kellner im Touristenhotel durch Trinkgelder in Devisen ein Vielfaches dessen, was ein Chefarzt in Pesos erhält.

1995 und 1996 konnte Kuba bedeutende Wachstumsraten erzielen. Doch die deutlich gedämpfte Entwicklung 1997 und die anhaltende Orientierungslosigkeit in der kubanischen Wirtschaftspolitik sorgten bald für Ernüchterung. Ein Kernproblem des Landes liegt in dem *Schlängelkurs* der Funktionärskaste zwischen sozialistischen Idealen und unklaren marktwirtschaftlichen Zielen. Castro, der zwar nach eigenem Bekunden „Das Kapital“ von Marx „nur bis Seite 370“ gelesen hat, hält unbeirrbar an der omnipotenten Steuerungsfunktion des Staates in Wirtschaftsdingen fest und erweckt den Eindruck, als ob marktwirtschaftliche Mechanismen eben nur als notwendiges Übel zeitweise geduldet würden.

Zwei Jahre nach der erfolgreichen Zulassung von Kleinunternehmen wurden zum Beispiel die Abgaben um zum Teil 1000 Prozent erhöht, was wiederum zum Kollaps mehrerer zehntausend Betriebe führte. Zudem scheut Castro vor weiteren notwendigen Einschnitten zurück. Mindestens 30 Prozent aller Arbeiter gelten als unterbeschäftigt, ein Drittel des Staatsbudgets dient der *Alimentierung unrentabler Staatsbetriebe*, nur 76 der landesweit 1210 Agrarkooperativen schreiben schwarze Zahlen. Im Grunde müßten mindestens 500 000 bis 800 000 Arbeiter entlassen werden; ver-

ständig, daß die Regierung aus Angst vor dem daraus resultierenden sozialen Sprengstoff davor zurückschreckt. Die Bilder der auf selbstgebastelten Flößen über das Meer dümpelnden Flüchtlinge sollen sich nicht wiederholen.

Weit gefährlicher jedoch wäre ein *Hungeraufstand* im eigenen Land, der bisher vermieden werden konnte, obwohl die Unzufriedenheit der Kubaner offensichtlich ist. Einer unabhängigen Umfrage zufolge fühlen sich rund ein Viertel aller städtischen Jugendlichen „nicht in das System integriert“. 450 000 Kubaner stellen jedes Jahr einen Ausreiseantrag in die USA. Ein Bruchteil von ihnen erhält im Losverfahren die begehrte Green Card, die die Einreise erlaubt.

## Unübersehbare Zeichen der Verarmung

Wer das Land nicht verlassen darf oder will, muß sich mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln durch das von *Bürokratismus* geprägte Alltagsleben schlagen. Den Betrachter von außen verwundern Geduld und Leidensfähigkeit, mit denen die Kubaner tägliches Schlangestehen, Stromabschaltungen und Wohnungsmangel ertragen. Ohne eine im Grunde doch relativ hohe Identifikation mit den Zielen der kubanischen Revolution und ihren unbestreitbaren Erfolgen wäre eine Explosion der Unzufriedenheit vielleicht längst eingetreten. De facto sind hingegen der Rückzug ins Private und eine *leichte Entpolitisierung* zu beobachten, die auch nicht durch allgegenwärtige und millionenfach wiederholte Parolen wie „Sozialismus oder Tod“, „Wir werden siegen“ oder „Ein Volk, eine Partei“ aufzuhalten sind. Die politischen Massenorganisationen registrieren sinkenden Zulauf, was jedoch nicht gleichzeitig Auftrieb für eine irgendwie geartete Opposition bedeutet. Individuelle Überlebenstechnik scheint wichtiger als politische Partizipation.

Unübersehbares Zeichen der Verarmung ist die drastische Zunahme der *Prostitution* in Havanna und in den Touristenorten. Obwohl Castro selbst noch vor einigen Jahren launig bemerkte, Kuba habe die gebildetsten Prostituierten der Welt, wird das inzwischen potenzierte Problem heute schlichtweg geleugnet. Der Dollarmangel treibt auch eine sehr große Zahl gestandener berufstätiger Akademikerinnen auf die Straße, um ihre Familie ernähren zu können. Der Verdienst durch nur einen ausländischen Freier ist höher als das monatliche Durchschnittsgehalt von umgerechnet 20 Dollar.

Ein anderes Hauptproblem stellt die äußerst prekäre *Wohnsituation* dar. Der morbide Charme der Altstadt von Havanna bedeutet für die Bewohner ein Leben in nahezu abbruchreifen Häusern. 80 Prozent aller Gebäude in diesem dichtest besiedelten Teil der Stadt befinden sich in einem schlechten Zustand. Im Durchschnitt bricht jeden Tag ein bewohntes Stockwerk ein. Auch in vielen weiteren Bereichen wie der maroden hundertjährigen Kanalisation der Stadt macht sich das Fehlen jeglicher Investitionen sträflich bemerkbar und verschärft die aktuellen Probleme noch.

Eine neue Erfahrung für die Kubaner ist das Entstehen von Elendsvierteln an den Rändern der Hauptstadt. 188 solcher Ansiedelungen mit rund 72 000 Menschen sind in den letzten Jahren durch *Zuwanderung aus dem Hinterland* entstanden. Künstlich niedriggehaltene Preise für Nahrungsmittel machen die Landwirtschaft unattraktiv. Nach aktuellen Berechnungen eines kubanischen Wirtschaftsinstituts verdient die durchschnittliche kubanische Familie nur die Hälfte dessen, was sie zum Überleben braucht. Die Möglichkeiten, diese Lücke zu füllen, sind nur in der Metropole Havanna gegeben. Schattenwirtschaft, ausländische Firmen und Tourismus bieten hier manche Überlebenseisenstücke.

Gleich David und Goliath liefern sich Kuba und die USA bis heute einen unsichtbaren Krieg, ohne dessen Beilegung die vollständige Normalität auf der Insel nicht zurückkehren wird. War Kuba bis in die 30er Jahre hinein eine Art US-Bundesstaat zweiter Klasse, so markierte die Machtübernahme durch Castro interessanterweise nicht sofort die Zäsur. Erst rund zwei Jahre nach der Revolution legte der „Maximo líder“ ein klares Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus ab. Von da ab verschlechterte sich die Beziehung beider Länder ständig, die Kuba-Krise 1962 ließ die Welt den Atem anhalten.

Auch nach Beendigung des Ost-West-Konfliktes konnten sich die USA nicht zu einer friedlichen Koexistenz mit der Insel durchringen. Bis heute müssen Transportgüter oft von weit her und auf Umwegen nach Kuba gebracht werden. Offizielle kubanische Stellen schätzen die volkswirtschaftlichen Schäden durch die Blockade auf rund 40 Milliarden Dollar. Wesentliche Ursache für die harte Haltung der USA ist der mächtige Einfluß der mehr als 700 000 in Florida lebenden Exilkubaner, unter denen eine Fraktion von Hardlinern sogar bis heute für die bewaffnete Rückeroberung Kubas trainiert.

Der vergebliche Kampf der USA gegen den kommunistischen Bösewicht erfuhr durch das 1996 verabschiedete und nach seinen Initiatoren benannte *Helms-Burton-Gesetz* eine neue Qualität. Das Gesetz geht allen Ernstes davon aus, daß „die Aktionen der Castro-Regierung... den internationalen Frieden bedrohen“ und verschärft folglich das Handelsembargo gegen Kuba. Die Sanktionen sollen so lange aufrechterhalten werden, bis eine demokratische Regierung gewählt ist, der „weder Fidel Castro noch Raul Castro angehören“. Entlarvend ist allerdings die ebenfalls im Gesetz mitgelieferte Definition, daß es sich nur dann um eine demokratische Regierung handelt, wenn sie „sich substantiell in Richtung auf ein marktorientiertes System zubewegt“.

Abgesehen davon, daß die USA bei anderen Handelspartnern wie beispielsweise China nicht im entferntesten die gleichen Kriterien anwenden, enthält das Gesetz noch eine zusätzliche Verschärfung mit internationalen Implikationen. Es ermöglicht Exil-Kubanern, europäische Firmen vor US-Gerichten zu verklagen, die mit ihren ehemaligen, dann verstaatlichten kubanischen Betrieben Geschäfte machen. Obwohl diese Bestimmung von Präsident Clinton für jeweils

sechs Monate außer Kraft gesetzt wurde, führte sie zu ernsthaften Auseinandersetzungen mit der Europäischen Union. Auch wenn sich in diesem Konflikt ein Kompromiß abzeichnet, schwebt über europäischen Investoren weiterhin das Damoklesschwert des Helms-Burton-Gesetzes.

Auf den ersten Blick bleibt verwunderlich, daß sich die Vereinigten Staaten wegen des ideologischen Streits mit dem Winzling vor der eigenen Haustür an den Rand der internationalen politischen Isolation bringen. Näher betrachtet begünstigt das Gesetz die in den USA lebende Elite einflußreicher Exilkubaner. Diese erhalten nämlich die Möglichkeit, im Zuge einer ausdrücklich erlaubten außergerichtlichen Einigung von den betroffenen europäischen Firmen eine Art Gewinnsteuer einzufordern.

---

### Als potentielle Opposition bleibt die Kirche in Kuba gefürchtet

---

Die Umbruchsituation nach 1989 und die damit verbundenen Schwierigkeiten veränderten auch die Beziehungen zwischen Staat und Kirche. Das Verhältnis galt traditionell als zerrüttet, nachdem im Verlauf der kubanischen Revolution alle nicht sakralen Gebäude konfisziert sowie das breite Netz an kirchlichen Schulen und Sozialeinrichtungen geschlossen wurden. Über drei Jahrzehnte wurde der Glaube innerhalb von Kirchenmauern gebilligt, wer sich in der Gesellschaft jedoch dazu bekannte, erlitt schwere Nachteile. In dieser Zeit der *Isolation und Unterdrückung* verfügte die Kirche über nahezu keine Entfaltungsmöglichkeiten. Die Zahl der Priester fiel von über 700 in den 50er Jahren auf 220 heute.

Nur etwa 4,5 der insgesamt elf Millionen Kubaner gehören noch der katholischen Kirche an. Die Bevölkerungsmehrheit gilt als konfessionslos, neigt aber zum Teil von jeher dem synkretistischen afro-amerikanischen *Santería-Kult* zu, der sich ohne jede Form der Hierarchie oder Gemeindeorganisation mit seinen vielen rätselhaften Facetten bis heute gehalten hat. Die Santería ist letztlich viel tiefer als Christentum oder Marxismus im kubanischen Volk verwurzelt. Beide gaben es deshalb angesichts anhaltender Erfolglosigkeit auch auf, gegen die jahrhundertealten Riten anzukämpfen.

Als das Castro-Regime zu Beginn der neunziger Jahre politisch und wirtschaftlich mit dem Rücken zur Wand stand, galt es, alle Kräfte, insbesondere die Katholiken, auf nationale Loyalität einzuschwören. Die Öffnung gegenüber der Kirche mündete 1992 in eine *Verfassungsänderung*, die den Begriff vom „atheistischen Staat“ tilgte und Kuba als laizistischen Staat mit Religionsfreiheit neu definierte.

Bereits ein Jahr zuvor hatte die kubanische Bischofskonferenz einen nationalen Caritasverband gegründet, der sich vor allem im Bereich der Nahrungsmittelhilfe und Sozialarbeit engagiert. Die Caritas durfte sich mit sozialen Projekten nur auf Zielgruppen konzentrieren, bei denen mißtrauische Parteivertreter am wenigsten Infiltrationsmöglichkeiten vermuteten: alte Menschen und behinderte Kinder. Da beide

aus offizieller Sicht unproduktive Personengruppen von staatlicher Seite vernachlässigt werden, konnte die Caritas hier unverzichtbare Programme in allen Diözesen aufbauen. Für gestiegenes Selbstvertrauen der Caritas sorgte die Teilnahme an einem Hilfsprogramm der Europäischen Union in Kuba. Die Caritas hat dabei die Verantwortung für die Verteilung von Lebensmitteln in zwei Provinzen im Zentrum der Insel übernommen und kontrolliert zugleich die richtige Verwendung der Güter in staatlichen Einrichtungen wie zum Beispiel Krankenhäusern, eine für Parteifunktionäre bis dahin undenkbare Rollenverteilung. Die Kirche bewies, daß ihre Hilfen allen Kubanern, ob katholisch oder nicht, gelten und keinerlei pastorale Ziele verfolgen.

Das kirchliche Leben in Kuba wird zusehends farbiger, die Zahl der Taufen und Gottesdienstbesucher nimmt zu. Immer mehr Menschen suchen Orientierung im Glauben. Rund zwölf Prozent aller katholisch Getauften sind laut aktuellen Schätzungen kirchlich aktiv. Dies ist für kubanische Verhältnisse eine hohe Zahl, wenn man berücksichtigt, daß die Kirche des Landes während des größten Teils ihrer Geschichte eng mit der Oberschicht verbunden war. Von einer Verwurzelung im einfachen Volk konnte man kaum sprechen. Eine Mitursache für den jüngsten positiven Wandel dürfte in der verstärkten *sozialpastoralen Tätigkeit* der Kirche liegen.

Mit über 6000 Freiwilligen bei nur 35 festangestellten Mitarbeitern hat die Caritas Kuba auf Pfarreiebene ein Netz der Solidarität in einem Staat geschaffen, der offiziell noch immer das Handlungsmonopol in allen Lebensbereichen beansprucht. „Unser Reichtum ist unsere Armut. Wir bauen keinen großen Apparat auf“, sagt *Siro González Bacallao*, Bischof der Diözese Pinar del Rio und zugleich Caritaspräsident. Der Ausbau des jungen Verbandes und die Professionalisierung seiner ehrenamtlicher Mitarbeiter werden in großem Umfang durch Caritas international in Freiburg gefördert.

Für die kubanische Regierung ist das Engagement der Kirche ambivalent. Zum einen anerkennen auch hartgesottene Kader, daß die kirchliche Hilfe der aktuellen Not die scharfe Spitze abbrechen kann. Mit potenter Unterstützung aus dem Ausland leistet die Caritas damit indirekt einen willkommenen Beitrag zur Konsolidierung des Systems. Dennoch beäugen die Parteistrategen die Kirche weiterhin mit Mißtrauen. In einem Land, wo es weder freie Medien noch nichtkommunistische Verbände gibt, wird die Kirche als potentielle Oppositionskraft gefürchtet. Tatsächlich ist die Kirche die einzige größere Organisation des Landes, die vom Staat unabhängig ist.

Wegweisend für das zukünftige Verhältnis zwischen Kirche und Staat wird der erste Besuch Johannes Pauls II. in diesem Monat sein. Wenn der Papst auf Havannas Platz der Revolution im direkten Gegenüber zur überlebensgroßen Darstellung Che Guevaras einen Gottesdienst feiern wird, öffnet sich für die lange gegängelte Kirche ein neues Kapitel in ihrer Geschichte. Erst ein halbes Jahr zuvor durfte der Erz-

bischof von Havanna, Kardinal *Jaime Ortega Alamino*, zum ersten Mal nach 38 Jahren eine heilige Messe im Freien abhalten.

## Eine schwieriger Besuch für Johannes Paul II.

Für Fidel Castro ist der Besuch des Papstes ein schlecht kalkulierbares Risiko. Er geht es ein, um seine internationale Isolierung zu durchbrechen. Johannes Paul II. lehnte das nordamerikanische Embargo bisher eindeutig als ethisch nicht vertretbar ab und wird diese Position auch in Kuba vor den Augen der ganzen Welt wiederholen. Das hohe moralische Gewicht dieser Aussagen wird Washington schwer im Magen liegen. Will also Castro „mit dem Heiligen Vater die kubanische Revolution retten“, wie kürzlich „Le Monde“ fragte? Gleichzeitig wird sich der ehemalige Jesuitenschüler vom Papst auch unangenehme Wahrheiten zu Themen wie Pressefreiheit und der Lage politisch Gefangener anhören müssen. Menschenrechtsorganisationen werfen Kuba Repression und Folter gegenüber Dissidenten vor. Keine leichte Aufgabe für den Papst, der weiß, wie fragil die Zugeständnisse des Regimes an die Kirche sind. Noch immer stellen selbst die Beschaffung von Fahrzeugen oder das Fotokopieren für die Pastoral ein Problem dar.

Die kubanischen Bischöfe finden mittlerweile den Mut, „den ausschließenden Charakter der offiziellen Ideologie“ oder die „exzessive Kontrolle des Sicherheitsdienstes“ öffentlich zu kritisieren und das Recht auf Vielfalt der Meinungen und Medien einzufordern. Solch eindeutige Aussagen waren noch vor zehn Jahren unvorstellbar. Die Bischöfe wissen, daß sie behutsam agieren müssen, finden aber immer mehr den Mut, vorhandene Spielräume auszunutzen.

Eine wachsende Rolle spielt die zunehmende Zahl *kirchlicher Publikationen*, die dem Informationshunger in der Bevölkerung entgegenkommen. Für Kubaner ist der Empfang westlicher Radio- oder Fernsehsender bei Strafe verboten. Die staatlich gelenkten Medien – andere gibt es nicht – bieten dagegen mit ihrem gebetsmühlenhaften Lobpreis auf die kommunistische Partei ein ebenso eindimensionales wie trostloses Bild. Die zumeist nur in geringen Auflagen erscheinenden kirchlichen Blätter erfreuen sich trotz einfacher Aufmachung größten Interesses. Ihre Relevanz liegt in der wohl dosierten Mischung der Artikel, die keineswegs den Verdacht einer Oppositionspresse aufkommen lassen, aber in kluger Weise Themen wie Menschenrechte oder die Soziallehre der Kirche aufgreifen.

Generell legen die Bischöfe Wert darauf, daß kirchliche Aktivitäten nicht mit dem Begriff der Opposition in Verbindung gebracht werden. Mit der Gewißheit, daß damit das Ende aller kirchlichen Arbeit programmiert wäre, versuchen die Bischöfe, ihre Strategie aus *Annäherung und Selbstbehauptung* gegenüber dem Regime fortzusetzen. Sie gehen nicht davon aus, daß es zu Lebzeiten Fidel Castros zu tiefgreifenden Veränderungen kommt. Die Kirche hat keine

Zweifel daran gelassen, daß sie sich auch im Sozialismus an der Zukunftsgestaltung verantwortlich und konstruktiv beteiligen will. Für die militanten Exilkubaner im benachbarten Florida hegt man in Kirchenkreisen hingegen kaum Sympathien. Kontinuierlichen Wandel ohne Destabilisierung zu erreichen, dürfte wohl am ehesten den Vorstellungen der Bischöfe entsprechen.

Für die Zukunft Kubas stellen sich viele Fragen. Castro führt weiterhin das Kommando, doch wohin geht die Fahrt? Die Ausgangsbedingungen für die Beendigung der Durststrecke sind, vom Konflikt mit den USA einmal abgesehen, nicht schlecht. „Die wichtigste Ressource Kubas sind unsere Menschen“, sagt *Dagmar González Grau* vom Ministerium für Außenhandel in Havanna zu Recht. Wie kaum ein anderes Land der Region verfügt Kuba über ein hohes Potential qualifizierter Beschäftigter und Akademiker. Im Bereich der Produktion von Impfstoffen besitzt Kuba erstklassiges Know-how. Die kubanische Revolution ermöglichte Gesundheit, Bildung und Arbeit für jeden Bürger.

Doch besonders die sozialistische Forderung nach Gleichheit für alle erweist sich in der heutigen Situation als Hindernis. Wenn der Privatsektor wirklich zum Motor des Aufschwungs werden soll, müssen strukturelle Ungleichheiten zumindest vorübergehend in Kauf genommen werden. Die Regierung wünscht zwar den engagierten Kleinunternehmer,

gönnt ihm aber allem Anschein nach keine Besserstellung durch höheren Verdienst. Mehr Innovationskraft benötigt die Regierung auch zur Sanierung der maroden Staatsbetriebe.

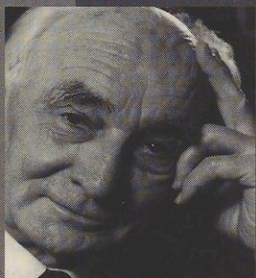
Daß Kuba den Zusammenbruch des Ostblocks überhaupt überstanden hat, ist ein anzuerkennender Erfolg. Die Roßkur der vergangenen Jahre war allerdings mit vielen bitteren Pillen für die Bewohner der Insel verbunden. Da auch die Entbehrungsfähigkeit der Kubaner irgendwann zu Ende geht, braucht es bald glaubwürdige Signale für mehr Wohlstand und Freiheit. In den Augen der jungen Generation verblaßt der Mythos der Revolution zusehends. Trotz Sympathie für die Taten der Vätergeneration entfalten westliche Mode- und Konsumtrends auch in Kuba ihre Sogwirkung. Der besondere Beitrag der Kirche könnte darin bestehen, die Attraktivität rein kapitalistischer Werte zu relativieren und Antworten auf die Sinnfrage in der Umbruchsituation entwickeln zu helfen.

Mit dem 71jährigen Castro, den in Kuba alle nur beim Vornamen nennen, geht, langsam aber unweigerlich, eine Epoche zu Ende. Die Abenddämmerung der Revolution ist angebrochen. Durch die Beispiele der karibischen und mittelamerikanischen Nachbarländer mit großen Verteilungsproblemen dürfen sich die Kubaner bestärkt fühlen, einen eigenen Weg zu versuchen.

*Oliver Müller*

## ZEITGESCHICHTE/BIOGRAPHIEN

Rainer Hank



**Der Geistliche und die Macht – Bernhard Hansler**  
Knecht

136 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag  
DM 38,-/sFr 35,-/  
öS 277,-  
ISBN 3-7820-0758-1

Ein kurzweiliger Essay von Rainer Hank. Der Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, zuvor Referent des Cusanuswerkes, zeichnet ein intellektuelles Porträt von Bernhard Hansler, dem ersten Leiter des Cusanuswerkes, der Begabtenförderung der katholischen Bischöfe, und dem Geistlichen Direktor des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken. Der heute Neunzigjährige prägte lautlos die Elite der späten Bundesrepublik. Auch Hans Tietmeyer und Oskar Lafontaine waren Stipendiaten des Cusanuswerkes.

VERLAG  
JOSEF KNECHT



FRANKFURT  
AM MAIN

## KIRCHE AKTUELL

FRITZ KÖSTER

RELIGIÖS  
und frei

Glauben  
ohne Kirche?

KNECHT

Der Theologe und Seelsorger Fritz Köster stellt sich dem unübersehbaren Phänomen des Auszugs vieler Christen aus Kirche und Konfession: Wohin gehen diese Christen, und wohin geht die Kirche? Hier darf weder von Schuld noch von Gleichgültigkeit in die eine oder die andere Richtung die Rede sein. Ein engagierter Zwischenruf und eine herzliche Einladung nach »drinnen« wie »draußen«, sich auf die Grundpfeiler des Menschlichen zu besinnen, die auch die Fundamente des Christlichen sind.

174 Seiten, Paperback  
DM 29,80/sFr 27,50/  
öS 218,-  
ISBN 3-7820-0769-7

VERLAG  
JOSEF KNECHT



FRANKFURT  
AM MAIN